

**Mitglied Gruppe CDU/WBV**

Ausschussmitglied Martin Ehlers  
Ausschussmitglied Helmut Möhle  
Ausschussmitglied Astrid Zaage

**Mitglied SPD-Fraktion**

Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

**Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial**

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok  
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

**Mitglied FDP-Fraktion**

Ausschussmitglied Christian Ressel

**Mitglied AfD-Fraktion**

Ausschussmitglied Mirco Danner

**Mitglied Die Linke**

beratendes Mitglied Florian Wiese

**Mitglied Freie Wähler**

beratendes Mitglied Andreas Lang

**Behindertenvertretung**

Beiratsvorsitzende Sabine Gastmann

**Seniorenvertretung**

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

**Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV**

beratendes Mitglied Uwe Wessels

## **Dezernent**

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

## **Fachbereichsleiter**

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen

## **von der Verwaltung**

Fachbereich 50 Peter Albers

## **Protokollführerin**

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

## **Es fehlte entschuldigt**

Ausschussvorsitzender Al-Chafia Hammadi  
beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes  
Grundmandat Irina Moriß-Kappes

## **A Öffentlicher Teil**

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 21.06.2018
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Antrag Gruppe GUS: Erhöhung des Sozialfonds auf 100.000,00 € ab dem **526/2018** Haushaltsjahr 2019 und Streichung der 100 %igen Ehrenamtlichkeit als Antragsvoraussetzung
- 5 Nachbewilligung eines Antrages vom Kooperationsverbund Begabungen und Talente fördern Wilhelmshaven auf Zuschuss aus dem Sozialfonds
- 6 Mitteilungen und Anfragen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 21.06.2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 21.06.2018, Nr. 5/2018, wurde einstimmig genehmigt.

Bezugnehmend auf die dreimonatige Zeitspanne seit der letzten Sitzung merkte Herr Reese an, dass bei der Wichtigkeit des Ausschusses ein regelmäßigeres Stattfinden der Sitzungen wünschenswert wäre.

**Beschluss:**

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Antrag Gruppe GUS: Erhöhung des Sozialfonds auf 100.000,00 € ab dem Haushaltsjahr 2019 und Streichung der 100 %igen Ehrenamtlichkeit als Antragsvoraussetzung **526/2018**

Herr Walpurgis trug den Antrag Nr. 526/2018 der Gruppe GrünUnabhängigSozial (GUS) vor und begründete ihn ausführlich.

Herr Ehlers sagte, dass die Gruppe CDU/WBV weiterhin daran festhalte, dass der Sozialfonds als besondere Form der Anerkennung der Ehrenamtlichkeit durch die Stadt bestehen bleibe. Eine Öffnung auch für hauptamtlich unterstützte Institutionen würde diese Förderungsmöglichkeit minimieren.

Eine Erhöhung der Mittel müsste mit der Entscheidung über die Fortführung des Sozialfonds in den Haushaltsberatungen verknüpft werden.

Herr Möhle ergänzte, dass es z.B. für die Selbsthilfekontaktstelle andere Förderungsmöglichkeiten gäbe. Eine Einbeziehung in den Sozialfonds sei daher nicht notwendig.

Herr Ressel sprach sich gegen den Antrag aus. Einzelne Selbsthilfegruppen sollten sich zur Projektrealisierung und Zuschussbeantragung zusammenschließen. Eine Einzelförderung aller ca. 120 Selbsthilfegruppen sei nicht sinnvoll.

Frau Gastmann unterstrich die Wichtigkeit jeder bestehenden Selbsthilfegruppe, die sich überwiegend selbst finanzieren und durch den gegenseitigen Austausch oft staatliche Hilfen ersetzen. Unterstützung erhalten die Selbsthilfegruppen auch durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Auf die Anmerkung von Herrn Berner-Waindok, dass es in der jetzigen Form zu einer Ungleichbehandlung der Vereine kommen würde, entgegnete Herr Ehlers, dass jeder Verein unabhängig vom Sozialfonds Anträge auf Förderung beim Rat stellen könne, über die dann in den Haushaltsberatungen entschieden werden würde.

Herr Walpurgis sagte, dass der vorliegende Antrag die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements nicht schmälern solle, sondern auch jene ehrenamtliche Tätigkeit finanziell fördern solle, die bereits durch hauptamtliche Kräfte unterstützt werde.

Er erinnerte daran, dass in der Vergangenheit sowohl z. B. von der Selbsthilfekontaktstelle als auch von der Arbeitsloseninitiative Zuschussanträge an den Rat gestellt wurden, die negativ beschieden wurden.

Daraufhin entstand eine Initiative aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UWG zur Gründung des Sozialfonds.

Herr Möhle stellte klar, dass zu Beginn der jetzigen Legislaturperiode der Antrag zur Einrichtung eines Sozialfonds von der Gruppe CDU/WBV eingebracht wurde und vom Ausschuss für Soziales und Gesundheit in der jetzigen Form beschlossen wurde.

Nachdem die unterschiedlichen Standpunkte vorgetragen wurden, machte Herr Schönfelder einen Vorschlag zur Vermittlung. Nach Ablauf der ersten Förderperiode von zwei Jahren sehe er den geeigneten Zeitpunkt, um verwaltungsseitig die Förderkriterien zu überdenken. Die Hinderungsgründe einer Bewilligung müssten geprüft und bewertet werden. Auch sollte in Gesprächen mit den ehrenamtlichen Initiativen und Vereinigungen ermittelt werden, in welchen Bereichen die Schwierigkeiten bei der Antragstellung lägen.

Für eine Aufstockung der Fördergelder sehe er zurzeit keinen Anlass, da bei Übertragung in den neuen Haushalt noch Restbeträge aus den Vorjahren zur Verfügung stünden. Vorrangig sollte zunächst eine Ausschöpfung der vorhandenen Mittel angestrebt werden.

Herr Walpurgis nahm für die Gruppe GUS diesen Vorschlag an und zog den Antrag Nr. 526/2018 zurück.

Hiermit ergeht der Auftrag an die Verwaltung, die Prüfkriterien und Richtlinien des Sozialfonds zu überprüfen und auf Grundlage der ersten beiden Förderungsjahre einen Vorschlag mit denkbaren Änderungen zu erarbeiten.

Herr Reese gab noch bekannt, dass die SPD einen eigenen Antrag auf Neufassung des Sozialfonds in die Haushaltsberatungen einbringen werde.

**Beschluss:**

-zurückgezogen-

**Die Verwaltung wird beauftragt, die formalen Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien des Sozialfonds vor dem Hintergrund der geringen Inanspruchnahme des Fonds einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Hierbei soll insbesondere bewertet werden, ob die antragsberechtigten Institutionen weiterhin ausschließlich ehrenamtlich geführt und verwaltet werden müssen.**

**Eine Erhöhung des Förderbetrages des Sozialfonds auf 100.000 € wird gegenwärtig nicht als notwendig erachtet.**

**Begründung:**

Die Gruppe GUS begehrt mit anliegendem Antrag vom 02.06.2018 eine Erhöhung des Sozialfonds auf 100.000 € und die Streichung des Kriteriums der ehrenamtlichen Führung oder Verwaltung der Einrichtung. Zur Begründung führt sie aus, dass viele Sozialeinrichtungen in der Stadt finanzielle Unterstützung benötigten. Sie leisteten herausragende Arbeit für Bürgerinnen und Bürger und entlasteten die Verwaltung. Einige Einrichtungen seien so groß und stark in Anspruch genommen, so die Antragstellerin, dass sie ohne hauptamtliche Unterstützung nicht bestehen könnten.

Die Verwaltung unterstützt grundsätzlich das Ansinnen der antragstellenden Gruppe, mehr Einrichtungen den Zugang zum Sozialfonds zu ermöglichen. Da jedoch in den vergangenen beiden Jahren der Fonds nicht annähernd ausgeschöpft wurde, schlägt die Verwaltung vor, dass zunächst geprüft werden solle, ob einzelne Kriterien die Inanspruchnahme des Fonds erschweren. Hierüber soll dann diesem Ausschuss berichtet werden.

Über eine Erhöhung des Sozialfonds wie beantragt sollte erst in der Folge entschieden werden. Eine Beschlussfassung würde zudem den Haushaltsberatungen vorgreifen.

5 Nachbewilligung eines Antrages vom Kooperationsverbund  
Begabungen und Talente fördern Wilhelmshaven auf Zuschuss aus  
dem Sozialfonds

Herr Schönfelder informierte darüber, dass der Kooperationsverbund „Begabungen und Talente fördern Wilhelmshaven“ (KOV) wegen der in der letzten Sitzung beschlossenen Ablehnung einer Förderung aus dem Sozialfonds Kontakt zur Verwaltung aufgenommen habe.

Am 03.09.2018 fand daraufhin ein gemeinsames Gespräch unter Teilnahme der Herren Feist, Albers und Sieberns statt, in dem der KOV die Möglichkeit gegeben wurde, nochmals Unterlagen zu den Richtlinien Ehrenamtlichkeit und Finanzierung/Eigenanteil nachzureichen.

Diese Unterlagen sind mittlerweile eingegangen und müssen nun neu geprüft werden. Der Ausschuss erhält Nachricht über das Prüfungsergebnis.

6 Mitteilungen und Anfragen

- Keine -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung 16:05 Uhr**

---

Schönfelder  
Dezernent

---

Reese  
stellv. Vorsitzender

---

Kallendrusch  
Protokollführerin